

A Leitantrag an den 6. Landesparteitag

A.1 „DIE LINKE. Sachsen: Die linke Gestaltungspartei in Sachsen – Unser Fahrplan für die Wahlen 2013/2014“

ÄA.1.3 Änderungsanträge zum Leitantrag – Parteientwicklung

EinreicherInnen: Antje Feiks & Rico Gebhardt

Einfügen eines neuen Absatzes in der Zeile 145:

„Im Sinne einer ganzheitlich und untereinander abgestimmten Personalentwicklung im Landesverband schlagen die 3 Stadt- und 10 Kreisvorständen und der Jugendverband dem Landesvorstand bis Ende Februar 2012 jeweils zwei Personen (quotiert) vor, für die ab Sommer 2012 ein Fortbildungs- und Entwicklungsprogramm gestaltet wird, welches auf die Übernahme von parlamentarischen Mandaten vorbereitet. Dabei sollen insbesondere politische Weiterbildung, Kommunikationstraining und Aneignung von Abläufen in Parlamenten im Mittelpunkt stehen.

Aus den Vorschlägen wählt der Landesvorstand in Absprache mit den Kreisvorsitzenden – unter Berücksichtigung aller 13 Gliederungen und des Jugendverbandes und der Geschlechterquotierung – 14 Personen aus. Die Teilnahme an dieser Qualifizierungsmaßnahme ist nicht automatisch mit einer Nominierung für ein Parlamentsmandat verbunden, soll aber bewusste und kontinuierliche Personalentwicklung fördern.“

Begründung:

Wir haben im Sinne des Auftrages des 4. Landesparteitages auf gemeinsamen Beratungen von Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzenden gemeinsam mit dem Fraktionsvorstand zwei Personalentwicklungskonzepte für die Bereiche ehrenamtlicher Bereich und kommunale Vertretungskörperschaften sowie Verwaltungen beschlossen. An der Umsetzung beider Konzepte wird gearbeitet, so werden noch diesen Herbst Kreisentwicklungskonzepte verabschiedet. Nichtsdestotrotz wird auch für die Nachwuchsförderung im Bereich der MandatsträgerInnen für Landes- und Bundesparlament kontinuierliche Arbeit eingefordert. Diese kontinuierliche Arbeit kann der Landesvorstand nur gemeinsam mit den Kreisverbänden sicherstellen und es stehen beide Ebenen gleichermaßen in der Verantwortung.

Aus diesem Grund soll dieses Programm ein erster gemeinsamer Schritt sein, welcher mit weiteren Maßnahmen ergänzt werden muss.

Weiterhin wollen die AntragstellerInnen frühzeitige Diskussionen zum Thema auch in den Kreisvorständen befördern, Transparenz herstellen sowie langfristige Einarbeitung und Erfahrungssammlung sicherstellen. Damit soll auch der Verantwortung gefolgt werden, dass Personalentscheidungen weniger zufällig, sondern langfristig getroffen werden sollen. Mehr noch soll auch ein Qualitätsstandard eingeführt werden, wie wir in Wahlkämpfen und der Öffentlichkeit auftreten.

Bei der Auswahl gibt es keine Altersbegrenzung und auch eine Mitgliedschaft ist nicht zwingend erforderlich. Der Vorschlag von zwei Personen durch die Kreisverbände und den Jugendverband versetzt den Landesvorstand in die Lage einen mindestquotierten Vorschlag von 14 Personen vorzuschlagen.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____